

Iran-Konflikt

Akteure, Interessen und Wege aus der Eskalation

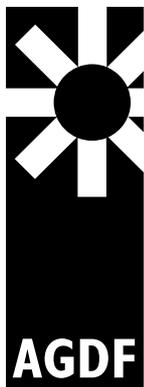
Clemens Ronnefeldt

Referent für Friedensfragen

beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

Einleitung

1. Zur Politik Irans nach den Wahlen 2005
2. Zur Politik der US-Regierung
3. Zum Verhältnis Iran-USA
4. Zum Verhältnis Irans zu anderen Akteuren
 - 4.1. Israel
 - 4.2. Irak und andere Nachbarländer der Region
 - 4.3. Russland, China und Indien
 - 4.4. Großbritannien und Frankreich
 - 4.5. Deutschland
5. Konfliktbeeinflussende Faktoren und Interessen
 - 5.1. Zur Rolle des Dollar-Euro-Konfliktes
 - 5.2. Zur Rolle von Öl und Gas
 - 5.3. Zum Atomstreit
6. Wege aus der Eskalation
7. Möglichkeiten für Friedensengagement



Blücherstr. 14 · 53115 Bonn
Telefon 02 28 / 2 49 99-0
Telefax 02 28 / 2 49 99-20
agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Einleitung

„Krieg gegen Iran?“, so lautete der Titel einer AGDF-Studie (www.friedensdienst.de), die ich im Frühjahr 2005 verfasst habe. Der nachfolgende Beitrag versteht sich als Aktualisierung und Ergänzung dieser Studie.

Seit dem Frühjahr 2005 hat sich durch eine Reihe von Faktoren die Situation im Nahen und Mittleren Osten dramatisch verschärft, was auch erhebliche Rückwirkungen auf den Iran-Konflikt hat. Einigen dieser Faktoren, wie z.B. der Bedeutung religiöser Motive oder der Rolle der Medien, kann aus Platzgründen leider nicht nachgegangen werden.

Aus dem Verstehen heraus, welche Gründe zur Eskalation geführt haben und welche Akteure daran wie beteiligt sind, werden im letzten Abschnitt dieser Studie Handlungsperspektiven aufgezeigt, die Wege aus der Eskalation weisen können. Diese versuchen, zwei Leitlinien zu folgen:

- Wie kann erstens verhindert werden, dass Iran durch eine US- oder israelische Militäraktion – mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Region – bombardiert wird?
- Wie kann zweitens die Regierung in Teheran daran gehindert werden, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen?

Zur besseren Einschätzung der nachfolgenden Aussagen gebe ich viele der ausnahmslos öffentlich zugänglichen Quellen mit an, wobei die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit „FAZ“, die Frankfurter Rundschau mit „FR“, die Tageszeitung mit „taz“ und die Süddeutsche Zeitung mit „SZ“ abgekürzt sind. Die verschiedenen Schreibweisen von Eigennamen wurden dabei vereinheitlicht.

Mein Dank gilt Michael Mildener und Jan Gildemeister für wertvolle redaktionelle Hinweise.

1. Zur Politik Irans nach den Wahlen 2005

Die Wahlen Mitte Juni 2005 führten zu einschneidenden Veränderungen im Iran. Der als Favorit geltende 70-jährige Ex-Präsident Ali Akbar Haschemi Rafsandschani lag im ersten Wahlgang noch mit 6,1 Millionen Stimmen (21 %) knapp vor dem 49-jährigen Überraschkandidaten Mahmud Ahmadinedschad mit 5,7 Millionen (19,5 %). Der reformfreundliche Ex-Parlamentspräsident Mehdi Karrubi kam auf ca. 5 Millionen, der bekannteste Reformkandidat Mustafa Moïn auf ca. 4 Millionen Stimmen.

Am Tag der Stimmauszählung lag Karrubi lange Zeit vor Ahmadinedschad, bevor sich dieser erst gegen Ende des Tages noch vor ihn schob und damit nur knapp die Stichwahl erreichte. Mehdi Karrubi forderte wegen des Verdachts massiver Unregelmäßigkeiten, an denen vor allem Anhänger des Militärs – Revolutionsgarden und Freiwilligencorps – beteiligt gewesen sein sollen, eine Überprüfung der Ergebnisse. Ali Akbar Haschemi Rafsandschani sprach offen von Wahlfälschung, Präsident Khatami kündigte an, den obersten Repräsentanten des Staates Dokumente über Wahlfälschungen zu übergeben.

Bei der Stichwahl siegte Ahmadinedschad mit 62 % überraschend klar gegen Rafsandschani, der nur 36 % erhielt. Die Wahlbeteiligung lag in beiden Durchgängen bei rund 60 %. Die Wahlkampfeslogans von Rafsandschani: „Das Land steht am Abgrund“ und Ahmadinedschad: „Es geht – und wir können es“ hätten kaum unterschiedlicher ausfallen können.

Seit seiner Wahl besetzt Ahmadinedschad viele Schlüsselpositionen neu mit treuen Gefolgsleuten: 40 Botschafter wurden bereits abberufen oder sollen noch abgelöst werden, die Direktoren der sechs staatlichen Banken wurden ersetzt, zwölf Provinz-Gouverneure und einige Vizeminister entlassen. Dennoch erlebte der neue Präsident im Parlament heftigen Gegenwind: Für die

Besetzung des für seine Korruptionsskandale bekannten Erdölministeriums brauchte Ahmadinedschad vier Kandidatenanläufe.

Die sozialen Spannungen im Iran zwischen Armen und Reichen haben enorm zugenommen, Macht- und Generationskonflikte innerhalb der politischen Eliten werden in großer Schärfe ausgetragen. Obwohl die Konservativen alle Staatsinstitutionen, sowohl die gewählten als auch die nicht gewählten, seit der Wahl 2005 besetzt haben, sind die politischen Verhältnisse alles andere als stabil. Die Entfremdung insbesondere zwischen der jüngeren Generation und den Klerikern nimmt zu.

2. Zur Politik der US-Regierung

2.1. Zu den Schwächen der US-Regierung vor den Zwischenwahlen 2006

Nicht nur bei den Umfragewerten bezüglich der Zustimmung zur Fortsetzung des Irak-Krieges steht George W. Bush in seinem fünften Amtsjahr mit dem Rücken an der Wand. Der Krieg mit bisher mehr als 2300 toten US-Soldaten dürfte bis Anfang 2006 bereits rund 250 Milliarden US-Dollar gekostet haben. Bei einem Haushaltsloch und einem Handelsbilanzdefizit, die beide jeweils in den letzten Jahren im mittleren dreistelligen Milliarden US-Dollar-Bereich lagen, dürfte die weitere Finanzierung der Kriege im Irak und in Afghanistan der Regierung noch einige Kopfzerbrechen bereiten.

Der von Präsident Bush befürwortete Verkauf von US-Häfen an arabische Investoren aus Dubai wurde durch den Kongress gestoppt, was eine schwere Niederlage für die Regierung bedeutete.

Die Kosten für die Zerstörung von New Orleans und der Vertrauensverlust bei der Bevölkerung wegen schwerster Fehler im Krisenmanagement werden die Diskussionen im Vorwahlkampf für die Zwischenwahlen am 7. November 2006 prägen. Wenn die oppositionellen Demokraten nur sechs (von 33) Sitze im Senat und 15 (von 435) im Abgeordnetenhaus neu hinzugewinnen, würden die Republikaner in beiden Häusern ihre Mehrheit verlieren. Nach etlichen Skandalen und Rücktritten, u.a. von Lewis Libby, dem äußerst einflussreichen Stabschef des US-Vizepräsidenten Dick Cheney, finden derzeit rund zwei Drittel der US-Wählerschaft die Leistungen der Regierung Bush unzureichend.

Diese derzeitige Schwäche der US-Regierung ist Chance und Gefahr zugleich. Eine Mehrheit der US-Wählerschaft lehnt einen neuen Krieg gegen Iran ab und fordert einen Rückzug der US-Truppen aus Irak. Wenn George W. Bush nicht eine drastische Wahlniederlage bei den Zwischenwahlen riskieren will, kann er sich diesem Mehrheitswillen nur schwer widersetzen.

Kommt der US-Präsident allerdings zu stark unter Druck, könnte er einen Krieg gegen Iran vor den Zwischenwahlen nutzen, um den laufenden „Krieg gegen den Terror“ mit neuem Patriotismus zu erfüllen. Einen Präsidenten in einer heißen Kriegsphase haben US-Wählerinnen und Wähler bisher noch kaum bei einer Wahl abgestraft.

2.2. Einbettung der US-Politik in größere strategische Planungen

Die Hintergrundfolie der US-Außenpolitik bestimmte bis in die jüngste Vergangenheit – wenn auch seit dem Irak-Desaster erheblich geschwächt – maßgeblich eine äußerst einflussreiche Gruppe von Neokonservativen, die ihre weltweiten Zukunftsvisionen unter dem Titel „Rebuildung America's Defenses. Strategy, Forces and Resources For a New Century“ im September 2000 formuliert hat. Dem Autorenteam, der 1997 gegründeten Gruppe „Project for the New American Century“ gehör(t)en u.a. Paul Wolfowitz, Lewis Libby, Jeb Bush, Gouverneur in Florida und Bruder von George W. Bush, William Kristol, Robert Kagan und John R. Bol-

ton an. Das Dokument kann inzwischen als Blaupause für die US-Außenpolitik der ersten fünf Jahre des neuen Jahrtausends bezeichnet werden. Ein weiteres Mitglied der Gruppe, Francis Fukuyama, hat sich von den Irak-Kriegsbefürwortern losgesagt und ist inzwischen einer der gefährlichsten Kritiker für die Bush-Regierung geworden⁽¹⁾.

Ein wesentlicher Kernpunkt von „Rebuildung America's Defenses. Strategy, Forces and Resources For a New Century“ ist folgender: „Derzeit sieht sich die USA keinem globalen Rivalen ausgesetzt. Die große Strategie der USA sollte darauf abzielen, diese vorteilhafte Position so weit wie möglich in die Zukunft zu bewahren und auszuweiten“ (vgl. www.newamericancentury.org, Übersetzung: C.R.).

In US-Strategiepapieren verwenden Autoren wie Ronald D. Asmus, Kenneth M. Pollack oder auch Zbigniew Brzezinski den Begriff „Greater Middle East“, um die US-Interessen und den Zugriff auf Ressourcen von der Golfregion über den Kaukasus bis nach Mittelasien hin zu beschreiben.

Allein um ihr Defizit in der Außenhandelsbilanz auszugleichen, brauchen die USA einen täglichen Kapitalzufluss von rund 1,5 Milliarden US-Dollar. Von den drei Wirtschaftszentren USA, Europa und Japan sind lediglich die beiden letztgenannten in der Lage, die Waren, die sie konsumieren, auch zu bezahlen.

Knapp 60 Jahre wirtschaftlicher Aufstieg Europas und Japans, dazu ein sich ökonomisch langsam erholendes ressourcenreiches Russland und ein stärker werdendes China lassen die US-Regierung offenbar immer häufiger auf Schwächere losgehen: „Die beschränkten wirtschaftlichen, militärischen und ideologischen Ressourcen lassen den Vereinigten Staaten, wenn sie ihre Rolle als Weltmacht behaupten wollen, keine andere Möglichkeit, als den kleinen Mächten übel mitzuspielen. In dem an einen Alkoholiker erinnernden Benehmen der amerikanischen Diplomatie steckt durchaus eine Logik. Das wahre Amerika ist so schwach, dass es nur mit militärischen Zwergen eine Konfrontation suchen kann. (...) Seine wirtschaftliche Abhängigkeit von der Welt macht auf die eine oder andere Art universelle Präsenz notwendig,“⁽²⁾ so der französische Politikwissenschaftler Emmanuel Todd, dessen scharfsinnige Analyse ich teile:

„Wagen wir es, stark zu sein, indem wir den Militarismus ablehnen und bereit sind, uns auf die inneren wirtschaftlichen und sozialen Probleme unserer Gesellschaften zu konzentrieren. Schauen wir zu, wie das gegenwärtige Amerika seine verbliebenen Kräfte im ›Kampf gegen den Terrorismus‹ vergeudet als Ersatz für den Kampf zur Verteidigung einer Hegemonie, die nicht mehr existiert. Wenn Amerika weiter darauf beharrt, seine Allmacht zu demonstrieren, wird es schließlich der Welt nur seine Ohnmacht enthüllen“⁽³⁾.

In den letzten Monaten haben die „Neokonservativen“ in den USA erheblich an Einfluss verloren. Viele realistische US-Außenpolitiker und auch renommierte Politik-Institute raten dem US-Präsidenten inzwischen zu einer diplomatischen Lösung des Iran-Konfliktes, was zu erheblichen inneramerikanischen Machtkämpfen geführt hat.

3. Zum Verhältnis Iran-USA

3.1. Zur Bedeutung des Iran-Irak-Krieges

Bereits 1906 gab es im Iran eine starke Bewegung für Demokratie und Freiheit, die zu einem Zweikammer-Parlament führte. Das iranische Parlament suchte damals Unterstützung und Hilfe bei der US-Regierung. Der Washingtoner Jurist William Morgan-Schuster wurde in den Iran eingeladen, um die staatlichen Finanzen neu zu organisieren. Er wurde schließlich der oberste Schatz-

meister von Persien⁽⁴⁾. Bis zum Jahr 1953, als der iranische Präsident Mossadeq durch die CIA wegen dessen Verstaatlichung der Erdölindustrie im Iran gestürzt wurde, waren die USA in Persien fast durchgängig hoch angesehen – im Gegensatz zu den Kolonialmächten Großbritannien und Russland.

Während des iranisch-irakischen Krieges lieferte das Pentagon Satellitenbilder von Truppenkonzentrationen im Iran an Saddam Hussein. Als dieser erkannte, dass er den Krieg gegen Iran nicht gewinnen konnte, bot er 1982 einen Waffenstillstand an, den Ajatollah Khomeini ablehnte. Khomeini sah die Chance, Saddam Hussein zu stürzen und die islamische Revolution in den Irak hinein auszudehnen. Um dies zu verhindern und eine Niederlage Saddam Husseins abzuwenden, unterstützte die US-Regierung Irak im weiteren Kriegsverlauf.

Saddam Hussein führte unter anderem 63 Einsätze mit Giftgas durch, denen Zehntausende iranischer Soldaten zum Opfer fielen. Beim 64. Einsatz im März 1988 wurde die mehrheitlich von Kurden bewohnte Stadt Halabja im nördlichen Irak von irakischen Truppen mit Giftgas beschossen, nachdem iranische Truppen sie eingenommen hatten. Eine US-Militärstudie versuchte seinerzeit, die Schuld für den Giftgasangriff auf Halabja der iranischen Seite in die Schuhe zu schieben. Iran, das zunächst nicht über Massenvernichtungswaffen verfügte, legte sich unter dem Schock der chemischen Angriffe selbst Giftgas zu und brachte dies gegen irakische Truppen zum Einsatz.

Keiner der 64 Giftgasangriffe Saddam Husseins führte zur Anrufung des UN-Sicherheitsrates, was wohl u.a. daran lag, dass die US-Regierung eine Verurteilung ihres Verbündeten Irak vermutlich per Veto verhindert hätte. Die irakischen Giftgasangriffe und die daraus resultierenden enormen Opferzahlen sind einer der Gründe, warum die US-Regierung im Iran bis heute als der „große Satan“ bezeichnet wird. Nach offiziellen iranischen Angaben leiden noch ca. 240 000 Personen im Iran an den Spätfolgen des Giftgases. Gleichzeitig wurde durch diese Ereignisse das Vertrauen Irans in die UNO und speziell in den Sicherheitsrat schwer beschädigt.

3.2. Jüngste Entwicklungen im Verhältnis USA-Iran

Im Februar 2006 beantragte US-Außenministerin Rice 75 Millionen Dollar vom Kongress für die iranische Opposition, um offensichtlich einen Regime-Wechsel in Teheran zu beschleunigen.

Im März 2006 warf US-Präsident Bush Iran vor, an Anschlägen gegen US-Truppen im Irak beteiligt zu sein. Gefundene Sprengstoffkörper im Irak hätten angeblich Komponenten iranischer Herkunft enthalten. Verteidigungsminister Rumsfeld dagegen räumte ein, dass er eine direkte Verwicklung der iranischen Regierung in den Bau von Sprengstoffkörpern nicht beweisen könne.

Im November 2005 wurde der US-Botschafter im Irak, Zalmay Khalilzad, von Präsident George W. Bush autorisiert, zum Zweck der Stabilisierung Iraks mit der Regierung in Teheran Verhandlungen aufzunehmen (s. Kapitel 6.1.5.).

4. Zum Verhältnis Irans zu anderen Akteuren

4.1. Israel

4.1.1. Zu den Israel-Äußerungen Ahmadinedschads

Das Verhältnis zwischen Iran und Israel wurde durch israelfeindliche Äußerungen Ahmadinedschads seit Oktober 2005 stark belastet. Die Nachrichtenagentur dpa übersetzte Auszüge aus der Rede des iranischen Präsidenten bei einer Konferenz in Teheran am 26.10.2006 mit dem Titel „Eine Welt ohne Zionismus“ folgendermaßen:

„So Gott will, wird die Prophezeiung des Imams (Ajatollah Khomeini, Anm. C.R.) bezüglich der Vernichtung Israels durch kontinuierliche Weisheit der Palästinenser auch bald realisiert werden. Eine neue Welle ist im Anmarsch, und es ist machbar, dass dieser Schandfleck (der Staat Israel) aus der islamischen Welt getilgt wird.“ (SZ, 28.10.2005).

Bei einer Pressekonferenz, deren Inhalt von der amtlichen iranischen Nachrichtenagentur Irna verbreitet wurde, sagte Ahmadinedschad im Zusammenhang eines Gipfeltreffens islamischer Staaten in Mekka Anfang Dezember 2005:

„Einige europäische Länder pochen darauf, dass Hitler Millionen unschuldiger Juden getötet hat, und sie pochen darauf so sehr, dass sie jeden verurteilen und ins Gefängnis werfen, der etwas Gegenteiliges beweist. (...) Wir akzeptieren diese Behauptung nicht. Aber wenn sie wahr ist, dann haben wir folgende Frage an die Europäer: Ist die Tötung unschuldiger jüdischer Menschen durch Hitler der Grund für eure Unterstützung für die Besatzer Jerusalems? (...) Wenn die Europäer ehrlich sind, dann sollten sie einige ihrer Gebiete in Europa – zum Beispiel in Deutschland, Österreich oder anderen Ländern – den Zionisten geben, und dann können die Zionisten ihren Staat in Europa bilden“ (SZ, 9.12.2005).

4.1.2. Reaktionen auf Ahmadinedschads Israel-Äußerungen

Wohl nicht zuletzt die weltweite Empörung auf diese Aussagen führte auch zu inneriranischen Absetzbewegungen vom Präsidenten.

„Der jüngste Vorschlag Ahmadinedschads, den jüdischen Staat nach Europa zu verlegen, war nämlich nicht nur dazu angetan, Europa und Israel zu brüskieren. Er war auch ein Akt des Ungehorsams gegen die religiöse Führung Irans, die Ahmadinedschad nach seinen antiisraelischen Äußerungen vom Oktober zurückgepfiffen hatte. Damals kritisierte nicht nur Ahmadinedschads Gegenspieler Rafsandschani in der Freitagspredigt die außenpolitische Scharfmacherei des Präsidenten. Auch Khomeini rief alle Mächtigen der Islamischen Republik zu sich und erteilte Ahmadinedschad vor versammelter Mannschaft eine Lektion: Die Regierung solle sich auf die Bedürfnisse des Volkes konzentrieren, verlangte er“ (FAZ, 12.12.2005). Nach seinen israelfeindlichen Äußerungen beschäftigte sich auch der 82-köpfige iranische Expertenrat, der den geistlichen Führer des Landes wählt, mit Ahmadinedschads Äußerungen: „Mehrere konservative Ajatollahs, so heißt es, stellten derzeit Überlegungen an, wie Ahmadinedschad entmachtet werden könnte, bevor er größeren Schaden anrichtet“ (SZ, 16.12.2005).

Im Februar 2006 schaltete sich der iranische Außenminister Mottaki in die Debatte ein und erklärte, Ahmadinedschad sei falsch verstanden worden. Niemand könne ein Land von der Landkarte entfernen, der Präsident habe nicht den Staat Israel, sondern die dortige Regierung gemeint, die Iran nicht als rechtmäßig anerkennen könne. Er selbst erkannte an, dass sechs Millionen Juden von den Nationalsozialisten ermordet wurden.

4.1.3. Israels Politik gegenüber nahöstlichen Atomplänen

Die in Israel immer noch gültige Begin-Doktrin besagt, dass kein islamisches Land in den Besitz von Atomwaffen gelangen darf. Auf der Grundlage dieser Doktrin wurde 1981 der irakische Atomreaktor Osirak in der Nähe von Bagdad von der israelischen Luftwaffe zerstört. Den Bau von Nuklearanlagen und schließlich auch der Atombombe in dem ebenfalls islamischen Land Pakistan hat Israel bisher toleriert.

Am 6.12.2005 berichtete die SZ: „Der frühere israelische Premierminister Benjamin Netanjahu, der in zwei Wochen zum neuen Parteichef der Likud-Partei gewählt werden möchte, hat

sich unterdessen für einen Präventivschlag ausgesprochen“. Der israelische Staatspräsident Katzav wie auch der israelische Verteidigungsminister Mofas stammen beide aus Iran. Letzterer erklärte im Januar 2006, dass Israel unter keinen Umständen zulassen werde, dass Teheran Atomwaffen baue. „Israel droht Iran mit Militärschlag“, lautete die Schlagzeile der SZ-Titelseite am 23.1.2006.

4.2. Irak und andere Nachbarländer der Region

4.2.1. Irak

Im Irak haben Schiiten mit rund 60 Prozent Bevölkerungsanteil die Mehrheit. Der derzeit mächtigste irakische Ajatollah in Nadschaf, Al-Sistani, stellt für die politische Führung im Iran eine große Herausforderung dar.

Im Iran gilt als Staatsdoktrin die schiitische Lehre, dass der 12. Imam im Jahre 941 verschwunden ist und am Ende der Zeit wiederkommen wird. Bis dahin wird er durch einen Rechtsgelehrten auf Erden vertreten – derzeit durch den Nachfolger Khomeinis, Ajatollah Khomeini. Al-Sistani argumentiert dagegen, dass Gott dem gesamten Volk die Herrschaft übertragen habe. Im Irak, im Libanon, in Bahrain und auch im Iran stößt Ajatollah Al-Sistani mit dieser These auf wachsende Zustimmung – und er fordert Demokratie als Staatsform, ebenso die Trennung von Religion und Staat.

Nadschaf gilt unter Schiiten als bedeutendste theologische Lehrstätte und steht in Konkurrenz zum iranischen Qom, das zunehmend an Einfluss verliert. Zahlreiche Geistliche, darunter auch der Enkel Khomeinis, Hasan Khomeini, haben sich wegen der starren Haltung der iranischen Kleriker bereits ins Exil nach Nadschaf begeben, um von hier aus eine Systemveränderung im Iran zu bewirken⁽⁵⁾.

Ende 2005 besuchte der irakische schiitische Geistliche Al-Sadr Teheran. Al Sadr gilt wegen seiner Milizen als größter militärischer Gegenspieler der US-Truppen im Irak. Er sagte der Führung in Teheran totalen Einsatz gegen US-Truppen im Falle eines US-Angriffs auf Iran zu.

4.2.2. Libanon und Aserbaidschan

Im Januar 2006 empfing die Teheraner Führung etliche hohe Repräsentanten islamistischer Bewegungen aus der Region, u.a. den Hamas-Vertreter Khalid Mashal und den Chef der Hizbollah im Libanon, Scheich Nasrallah. Beide sagten zu, ihre Aktivitäten gegenüber Israel zu steigern, sollte Iran angegriffen werden.

Das nördliche Nachbarland Irans, Aserbaidschan, gerät immer stärker unter den Einfluss Washingtons. Im April 2005 traf sich US-Verteidigungsminister Rumsfeld mit seinem Amtskollegen in Aserbaidschan, General Safar Abijew, um über den Schutz der 1800 Kilometer langen Ölpipeline von Baku nach Ceyhan in der Türkei zu verhandeln. Die Kosten der neu aufzustellenden hochmobilen „Caspian Guard“-Schutztruppe für die nächste Dekade belaufen sich auf rund 100 Millionen US-Dollar. Durch die Einrichtung der Schutztruppe kommt US-Militär auch in den Vorteil der Nutzung von Flughäfen in Aserbaidschan. Bei einem US-Angriff auf Iran wäre somit ein Überfall aus allen vier Himmelsrichtungen – Irak, Afghanistan, von US-Flugzeugträgern im persischen Golf und auch aus Aserbaidschan – möglich.

4.3. Russland, China und Indien

4.3.1. Russland

Im Oktober 2005 brachte eine russische Rakete den ersten von mehreren geplanten iranischen Spionage-Satelliten Sinah 1 in die Erdumlaufbahn. Damit möchte die Führung in Teheran ihre Fähigkeiten bei der Früherkennung von Angriffen verbessern.

Am 6.12.2005 berichtete die SZ: „Der russische Verteidigungs-

minister Sergej Iwanow hat den Verkauf von taktischen Boden-Luft-Raketen an Iran verteidigt. (...) Weil sie keine Angriffswaffen seien, verstoße die Lieferung nicht gegen völkerrechtliche Bestimmungen. Tor-M1-Systeme sind dafür konstruiert, niedrig fliegende Flugzeuge und Lenkwaffen abzuschießen. Nach Berichten örtlicher Medien hat die russische Waffenlieferung an die Islamische Republik einen Wert von etwa einer Milliarde US-Dollar. Russland ist ein enger Verbündeter Irans und arbeitet mit dem Land bereits beim Bau des Atomreaktors in der iranischen Stadt Buschir zusammen.“

Im Erdöl- und Erdgasgeschäft gibt es eine enge Zusammenarbeit beider Länder.

Im UN-Sicherheitsrat würde Russland vermutlich ein Veto einlegen, sollte Iran mit Sanktionen belegt werden. (Zur Rolle Russlands im Atomstreit: s. Kapitel 5.3.2.).

4.3.2. China

„Sollte China weiter Energiegeschäfte mit Ländern wie Iran tätigen, wird sich das Land bald im Konflikt mit den USA befinden, warnte der stellvertretende US-Staatssekretär Robert Zoellick im September (2005)“ (SZ, 2.1.2006). Dennoch reiste Mitte Dezember 2005 eine chinesische Delegation nach Teheran, um über eine Erweiterung des so genannten „Jahrhundert-Abkommens“ zu beraten, das China und Iran im Jahre 2004 abgeschlossen haben. Über einen Zeitraum von 25 Jahren soll Iran Flüssiggas an China liefern, über 30 Jahre Erdöl. Der Vertrag hat ein Gesamtvolumen von rund 100 Milliarden US-Dollar und stellt für die künftige Energieversorgung Chinas eine der wichtigsten Stützen dar. Bisher schon deckte Iran rund 15% des chinesischen Erdölbedarfs.

Die US-Regierung hat im Dezember 2005 Sanktionen gegen sechs chinesische Staatsfirmen verhängt, die an Iran Rüstungsgüter verkauft hatten.

4.3.3. Indien

Im Dezember 2005 wurden auch indische Firmen, die Iran mit Rüstung beliefert hatten, von der US-Regierung mit Sanktionen belegt. Da sich die US-Regierung für Indien als neuen strategischen Partner im längerfristigen Konkurrenzkampf mit China und Russland entschieden hat, dürfte dies die Spielräume der indischen Regierung gegenüber Iran künftig einengen.

Indien hat mit Iran „einen Energiedeal im Wert von etwa 40 Milliarden US-Dollar vereinbart“ (SZ, 2.2.2006). Als Indien im Streit um das iranische Atomprogramm forderte, den UN-Sicherheitsrat einzuschalten, drohte Iran damit, das bereits unterzeichnete Energieabkommen einzufrieren.

4.4. Großbritannien und Frankreich

4.4.1. Großbritannien

Würde es zu einem US-Angriff gegen Iran kommen, wäre Großbritannien mit großer Wahrscheinlichkeit mit eingebunden. In Europa gibt es derzeit nur auf dem englischen Luftwaffenstützpunkt Fairford speziell klimatisierte Hangars für US-amerikanische B-2A-Kampfbomber, die für einen Iran-Einsatz vermutlich gebraucht würden.

Im Frühjahr 2005 kam es zu einem Streit mit Symbolcharakter zwischen Iran und Großbritannien über die Sicherheit der Start- und Landebahn sowie die Namensgebung des neuen internationalen Großflughafens in Teheran. Die britische Regierung hatte an Reisende appelliert, den neuen Imam Khomeini Flughafen zu meiden. Für besondere Empörung im Iran sorgten Meldungen, wonach angeblich die britische Regierung eine Namensänderung des Flughafens wünsche – was allerdings der britische Botschafter in Teheran dementierte. „Wenn sich Großbritannien beim Iran nicht entschuldigt, werden wir alle Kontakte zu die-

sem Staat einstellen und den Botschafter ausweisen“ (SZ, 2.5.2005), erzürnte sich das Parlamentsmitglied Hamid Resa Hadschibabaei. Die ultra-konservative Zeitung „Kayhan“ forderte sogar, britische Staatsbürger nicht mehr nach Iran einreisen zu lassen.

4.4.2. Frankreich

Im Januar 2006 nahm der französische Präsident Chirac indirekt die im gemeinsamen Schreiben der EU-3 vom August 2005 versprochene Nichtangriffsgarantie Frankreichs gegenüber Iran zurück, indem er beim Besuch des Atom-U-Bootes „Le Vigilant“ mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen Länder drohte, die „in der einen oder anderen Weise den Einsatz von Massenvernichtungswaffen erwägen“ (SZ, 20.1.2006). Obwohl Chirac Iran nicht namentlich erwähnte, bezogen viele Politiker den Vorstoß auf die Regierung in Teheran, so u.a. auch der stellvertretende Unionsfraktionschef Andreas Schockenhoff, der den französischen Regierungschef deutlich kritisierte, seine Aussagen seien „nicht geeignet, eine Vertrauensbasis für eine neue Zusammenarbeit mit Iran herzustellen“ (SZ, 20.1.2006).

4.5. Deutschland

4.5.1. Politik

Im Dezember 2005 war es maßgeblich Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, der sich vor dem Hintergrund der antiisraelischen Äußerungen Ahmadinedschads für eine scharfe EU-Erklärung gegen Iran eingesetzt hatte. Darin erinnerte die EU Teheran daran, dass Iran einer UN-Resolution zugestimmt habe, die das Leugnen der Judenvernichtung im Dritten Reich verurteilt.

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz, Anfang Dezember 2005, zog Bundeskanzlerin Merkel einen Vergleich zwischen Ahmadinedschad und der NS-Zeit und betonte: „Wehret den Anfängen“. Im Rahmen ihres Antrittsbesuchs in Washington Mitte Januar 2006 sagte Angela Merkel, „Teheran habe mit dem einseitigen Wiedereinstieg in sein Nuklearprogramm die ‚rote Linie‘ überschritten“ (SZ, 14./15.1.2006). Auch bei anderen Äußerungen fiel auf, dass die deutsche Bundeskanzlerin mit ihrer Rhetorik bisher eher konfliktverschärfend agiert hat und den engen Schulterschluss mit der US-Administration sucht. Der Forderung Israels, Iran von der Fußball-WM in Deutschland auszuschließen, widersetzte sie sich allerdings. Der SPD-Fraktionschef Peter Struck dagegen warnte vor „Säbelrasseln“ und erklärte: „Eine militärische Option kommt für uns nicht in Frage“ (SZ, 15.2.2006). Matthias Platzeck positionierte sich eindeutig für eine diplomatische Lösung unter Ausschluss militärischer Optionen.

In einem ganzseitigen Interview der SZ vom 21.2.2006 äußerte der SPD-Außenpolitiker und Friedensforscher Egon Bahr erstaunlich viel Verständnis für die Position der iranischen Regierung: „Nehmen wir Iran. Wenn ich dort Politiker wäre, würde ich vermutlich ähnlich vorgehen. (...) Wenn ich mir vorstelle: Im Norden sind Atomwaffen, im Osten und im Süden sind Atomwaffen. Sogar in Israel. Und mein Land, groß, stolz und reich, soll das einzige in der Gegend sein, das keine hat?! Wenn ich über Atomwaffen verfüge, habe ich einen neuen Sicherheitsstatus, und dann werden mich diese komischen Atommächte genauso behandeln wie Indien und Pakistan: als ein Mitglied im Club, das sich den Clubregeln entsprechend verhält. Dann bin ich sicher. Wenn Milosevic eine Atomwaffe gehabt hätte, wäre er nicht angegriffen worden.“

4.5.2. Wirtschaft

Im Jahre 2005 lieferten deutsche Unternehmen Waren im Wert von rund 4,5 Milliarden Euro nach Iran und nahmen damit EU-weit eine Spitzenposition ein. Einen besonders großen Anteil daran hatte der Linde-Konzern, der allein im Wert von rund 700

Millionen Euro Anlagen zur Kunststoffproduktion lieferte. DaimlerChrysler baut im Iran LKW-Motoren. Kleinere Firmen sind im Bereich Wasserversorgung und Umweltschutz aktiv. Anfang August 2005 explodierten vor den Büros von DaimlerChrysler in Teheran wie auch vor der Fluggesellschaft British Airways Bomben, die erheblichen Sachschaden anrichteten (vgl. taz, 3.8.2005).

„Iran soll gezielt 41 deutsche Spezialfirmen angesprochen haben, um sich illegal Ausrüstung für sein Atomprogramm zu besorgen. Dafür habe es russische Vermittler angeworben, die in verdeckter Form Steuerungselektronik und Spezialkabel besorgen sollten“, so ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Potsdam (SZ, 28.3.2006).

Die derzeitige Atom-Krise hat dazu geführt, dass deutsche Banken Iran in eine höhere Risikoklasse eingestuft haben, wodurch sich Kredite deutscher Unternehmen für Geschäfte mit Iran verteuert haben. Im Januar 2006 begann Irans Zentralbankchef Ebrahim Scheibani, in Europa angelegtes Auslandsvermögen in Höhe von rund 30 Milliarden US-Dollar abzuziehen und außerhalb Europas neu anzulegen. „Unterlagen der Bundesbank zufolge beliefen sich die iranischen Einlagen bei Banken in Deutschland im November 2005 auf etwa 5,5 Milliarden Euro“ (SZ, 21./22.1.2006).

Im Dezember 2005 bestätigte die Bundesregierung, „dass sie Bau und Verkauf zweier U-Boote an Israel mit bis zu 333 Millionen Euro fördern will. Damit übernehme Deutschland ein Drittel der Baukosten“ (SZ, 8.12.2005), so der Parlamentarische Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt (CSU). Bereits gelieferte U-Boote gleichen Typs aus Deutschland wurden in Israel atomar umgerüstet und bedrohen nun Iran. Die Nichtauslieferung der beiden U-Boote wäre ein erheblicher Beitrag zur Deeskalation in der Nahost-Region.

5. Konfliktbeeinflussende Faktoren

5.1. Zur Rolle des Dollar-Euro-Konfliktes

Seit dem Jahr 2000 hatte Irak seine Ölrechnungen im Rahmen des Erdöl-für-Lebensmittel-Programms nicht mehr in Dollar, sondern in Euro berechnet. Zwei Monate nach dem Einmarsch der US-Truppen im Irak wurde 2003 die Fakturierung allerdings wieder auf Dollar umgestellt. Iran verkauft bereits seit einigen Jahren Öl nicht mehr in der US-Währung, sondern in Euro. Nach einer dpa-Meldung vom 12.11.2002 hat auch Nordkorea seine – nicht sehr üppigen – Devisen in Euro umgewechselt. China kündigte im November 2001 an, seine damals schon beachtlichen 200 Milliarden Dollar-Devisen-Reserven zu einem Teil in Euro umzutauschen⁽⁶⁾.

So lange der US-Dollar als Weltleitwährung akzeptiert ist, kann die US-Wirtschaft dank des Druckens von ständig neuen Geldscheinen ohne Ängste vor einer instabilen Währung funktionieren. Für die US-Wirtschaft war in den vergangenen Jahrzehnten von großem Vorteil, dass die zur Begleichung von Ölrechnungen im Mittleren Osten eingesetzten US-Dollars zu einem beträchtlichen Teil wieder in US-Rüstungsgeschäfte investiert wurden.

Bereits im Jahre 2003 ließ die damalige Regierung Khatami verkünden, eine eigene Öl-Handels-Börse zu gründen. Deren Start auf der kleinen Insel und Freihandelszone Kish im persischen Golf sollte eigentlich am 20.3.2006 erfolgen, wurde allerdings zunächst verschoben. Am 18.1.2006 veröffentlichte der US-Makroökonom Krassimir Petrov von der Amerikanischen Universität in Sofia, Bulgarien, einen Beitrag mit dem Titel „The Proposed Iranian Oil Bourse“ (www.EnergyBulletin.net), der international weite Kreise zog. Darin behauptete er ebenso wie der US-Autor William Clark, der Streit um Teherans Atomprogramm sei nur ein vorgeschobe-

ner Grund – die eigentliche Herausforderung für Washington sei die neue iranische Energiebörse.

Spiegel online versuchte am 10.3.2006, „die Legende vom Petro-Euro-Krieg“ (www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,405160,00.html) zu widerlegen. Die gesamten iranischen Ölexporter hätten sich im Jahre 2005 auf 55 Milliarden US-Dollar belaufen, der Öl-Multi ExxonMobil habe im gleichen Jahr allein 330 Milliarden US-Dollar umgesetzt. „Die Menge der iranischen Ölexporter ist wirtschaftlich marginal – wenn sie künftig in Euro fakturiert werden, wird dies keine nennenswerte Auswirkung auf die Finanzkraft des Dollars haben“, wurde der Volkswirt Enno Harks zitiert. Sein Kollege bei der regierungsnahen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ in Berlin, der Iran-Experte Johannes Reissner, ergänzte: „Das Thema wird überschätzt.“

Elmar Altwater sieht in der Dollar-Euro-Konkurrenz insgesamt ein erhebliches Konfliktpotenzial: „Die USA bekämen ein riesiges Problem, wenn sie die steigenden Ölimporte nicht mehr in US-Dollar, sondern in Euro bezahlen müssten. Wenn die jährlichen Ölimporte, wie der Cheney-Report ausführt, von vier auf etwa sieben Mrd. Barrel im Jahr 2020 steigen, sind bei einem Preis von rund 50 US-Dollar pro Barrel derzeit 200 Mrd. US-Dollar für die Bezahlung der Öl-Rechnung nötig; 2020 wären es schon 350 Mrd.“⁽⁷⁾.

5.2. Zur Rolle von Öl und Gas

Der frühere Shell-Mitarbeiter, Erdöl spezialist und Professor an der Princeton University, Kenneth S. Deffeyes, erklärte Anfang 2006 rückwirkend den 24. November 2005 zum „World Oil Peak Day“. Nach seinen Berechnungen sei an diesem Tag – mit einer Toleranzspanne von einigen Wochen – der Kulminationspunkt der weltweiten Ölförderung erreicht worden (vgl. Energiedepesche, März 2006, S. 4). Etwa die Hälfte der weltweit bekannten Erdölvorräte ist verbraucht, neue Erdölfelder werden kaum noch gefunden.

Iran hatte 2005 einen Erdöl-Weltmarktanteil von 4,6 Prozent. Die Zahl der Bohrtürme im Iran ging von 41 im Jahre 2004 auf 38 im November 2005 leicht zurück. Einige westliche Öl-Konzerne wie Shell, ENI oder Total machen seit längerem Ölgeschäfte im Iran. Weil die US-Regierung Investitionen von mehr als 20 Millionen US-Dollar in die iranische Ölindustrie untersagt, halten sich große US- und auch europäische Konzerne mit Investitionen zurück. Derzeit schöpft Iran nicht einmal seine OPEC-Förderquote von täglich 4,1 Millionen Barrel aus.

90 Prozent der iranischen Erdölvorkommen liegen in der südiranischen Provinz Khuzistan, die mehrheitlich von Arabern bewohnt ist. In dieser Region wurden bereits in den letzten Monaten etliche Bombenanschläge verübt, die offensichtlich ein Klima der Instabilität erzeugen sollen – und die von westlichen Geheimdiensten für einen Regimewechsel noch weiter intensiviert und instrumentalisiert werden könnten.

Dass die US-Regierung auch anders mit der Ölfrage umgehen könnte, hat Amory Lovins zusammen mit anderen Autoren des renommierten Rocky Mountain Institute nachgewiesen (www.oilendgame.org). „Sucht nach Öl – Eine Studie zeigt: Die USA könnten sich unabhängig machen“, titelte die SZ am 29.8.05 und führte dazu aus, „dass das Lovins'sche Nachdenken vom Pentagon gesponsert wurde. Dass das Pentagon sich an der Erschließung alternativer strategischer Optionen beteiligt, zeigt zugleich, wie weit diese Option schon vorgedrungen ist im militärisch-industriellen Komplex.“

5.3. Zum Atomstreit

5.3.1. Eskalationsschritte im Atomstreit zwischen EU-3 und Iran

Die Eskalation im Atomstreit zwischen den drei EU-Verhandlungspartnern Deutschland, Großbritannien und Frankreich

(„EU-3“) und Iran war keineswegs unvermeidbar. Die im nachfolgenden Text zusammengefassten Dokumente können nachgelesen werden unter www.bits.de/main/archive/iran1.htm.

5.3.1.1. November 2003: Vereinbarung zwischen Iran und EU-3 in Teheran

Mit dieser Vereinbarung unterzeichnete Iran das Zusatzabkommen zum Atomwaffensperrvertrag, der auch als Nichtverbreitungsvertrag (NVV) bezeichnet wird. Damit unterwarf sich Teheran erweiterten Informationspflichten und unangemeldeten Inspektionsbesuchen seiner Atomanlagen durch die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) – und hielt diese Verpflichtung in der Folgezeit auch ein. Iran erklärte sich zusätzlich bereit, freiwillig alle Urananreicherungs- und Wiederaufarbeitungsarbeiten vorläufig auszusetzen, bis eine Dauerlösung gefunden sei.

Die EU bestätigten in der Vereinbarung das Recht Irans zur friedlichen Nutzung der Atomenergie in vollem Umfang. Die EU-3 versprachen zudem nach der Klärung des Konflikts für Iran einen besseren Zugang zu Hochtechnologien sowie zur Zusammenarbeit im Rahmen einer regionalen Sicherheitszone.

Iran schloss in der Folge die Bauarbeiten an der Urankonversionsanlage in Esfahan ab und führte Arbeiten an der Urananreicherungsanlage in Natanz weiter. Die EU-3 sahen dies als Vertragsverletzung. Iran umgekehrt bestand auf der – formal korrekten – IAEA-Definition, wonach der Bau von Zentrifugen noch nichts mit der Anreicherung von Uran zu tun habe und ebenso die in Esfahan durchgeführte Konversion weiterhin erlaubt sei.

5.3.1.2. November 2004: Vereinbarung zwischen Iran und EU-3 in Paris

In einer weiteren Vereinbarung in Paris sagte Iran zu, freiwillig die weitere Urankonversion in Esfahan auszusetzen, ebenso die Urananreicherung in Natanz, solange die Verhandlungen andauern. Teheran stimmte der Versiegelung der Anlagen durch die IAEA zu. Die EU-3 engten die Spielräume aus dem Abkommen von Teheran für Iran weiter ein, indem sie nun auch das Verbot des Baus von Zentrifugen und Kaskaden durchsetzten, woran sich Teheran in der Folgezeit auch hielt.

Die EU-3 bestätigten der Regierung in Teheran in der Vereinbarung, dass die iranischen Maßnahmen aus dem Pariser Abkommen vertrauensbildende Maßnahmen seien, zu denen Iran nicht verpflichtet sei, und sagten zu, bei Irans Bemühungen zur Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) unterstützend tätig zu werden. Teheran wollte als wichtigsten Punkt klare Sicherheitsgarantien, in Zukunft nicht angegriffen zu werden, und erwartete hierfür Zusagen der EU-3. Im Dezember 2004 sollten Verhandlungen zur Regelung aller noch offenen Fragen beginnen.

Im Dezember begannen tatsächlich regelmäßige Verhandlungen, im März 2005 zog die US-Regierung ihre Vorbehalte gegen WTO-Aufnahmegespräche weitestgehend zurück und stellte bei einem Verhandlungserfolg sogar die Lieferung von Ersatzteilen für die zivile Luftfahrt in Aussicht. Im Gegenzug sagten die EU-3 der US-Regierung zu, im Falle des Scheiterns der Verhandlungen den Fall Iran vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen. Der Streit entzündete sich daran, dass die EU-3 „objektive Garantien“ in völkerrechtlich verbindlicher Form von Iran einforderten, selbst allerdings nur „feste Garantien“ für ihre politischen Vorschläge anboten, was Teheran erst verspätet realisierte.

5.3.1.3. Schreiben Irans an die EU-3 vom 3.5.2005

Auf die bis Anfang Mai gemachten EU-3-Vorschläge ging Iran am 3.5.2005 mit einem als konstruktiv zu bezeichnenden Brief ein. Iran sagte zu, das Zusatzprotokoll zum NVV zu ratifizieren, das eine verschärfte Überwachung durch die IAEA ermöglicht, erklärte seine Bereitschaft zum Betrieb eines offenen Brennstoffkreislaufes ohne Wiederaufarbeitung sowie zu einem Gesetz, das die aus-

schließlich zivile Nutzung der Atomenergie festschreiben würde.

Im Gegenzug erwartete Iran Zugang zu EU-Hochtechnologie einschließlich Atomanlagen, Sondierungsgespräche über die Lieferung weiterer EU-Atomkraftwerke, Zusagen über die Lieferung nuklearer Brennstoffe sowie von Rüstungsexporten, Zugang zu EU-Märkten und EU-Investitionsmöglichkeiten sowie die Aufhebung technologischer Sanktionen der G-8-Staaten. Iran erwartete in diesem Schreiben auch die Bereitschaft der EU-3 zu einer Initiative für eine ABC-waffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten.

Die für Ende Juli 2005 zugesagte Antwort der EU-3 verzögerte sich. Iran kündigte daraufhin an, unter IAEA-Aufsicht Anfang August 2005 die Urankonversion in Esfahan wieder aufzunehmen. Die EU-3 sahen darin eine Vertragsverletzung und beantragten eine IAEA-Sondersitzung.

5.3.1.4. Schreiben der EU-3 an Iran vom 5.8.2005 und Abbruch der Verhandlungen

Die EU-3 forderten in ihrem Antwortschreiben vom 5.8.2005 von Iran den Verzicht auf alle Aktivitäten eines geschlossenen Brennstoffkreislaufes, schlugen den ausschließlichen Bezug von Brennelementen aus dem Ausland vor, forderten die Ratifizierung des IAEA-Zusatzabkommens zur verschärften Überwachung bis Ende 2005 sowie die Verpflichtung Irans, niemals in Zukunft aus dem Atomwaffensperrvertrag auszutreten. Im Gegenzug sagten die EU-3 den Zugang zu Nuklearbrennstoffen zu, boten Hilfen bei der Stilllegung und alternativen Nutzung iranischer Atomanlagen an und offerierten eine Sicherheitsgarantie der beiden Nuklearmächte Frankreich und Großbritannien.

Iran reagierte auf diese Vorschläge, die bisher keinem Land der Welt in solcher Schärfe zugemutet worden waren, äußerst ablehnend. Die iranische Empörung richtete sich vor allem gegen die Forderung nach einem Verzicht von Anlagen selbst des offenen Brennstoffkreislaufes.

Auf Druck der US-Regierung und der EU-3 stellte der IAEA-Gouverneursrat am 24. September 2005 fest, dass die bereits seit einem bis zwei Jahren bekannten Fehler und Tatbestände der Nichteinhaltung des Safeguards-Abkommens durch Iran als Verstoß im Sinne von Artikel XII.C des IAEA-Status zu werten seien. Das Safeguards-Abkommen wurde 1974 zwischen Iran und der IAEA abgeschlossen und soll verhindern, dass aus zivilen Atomprogrammen atomwaffentaugliches Material abgezweigt wird.

Verletzungen dieses Abkommens sieht auch Professor Martin B. Kalinowski, der sieben Jahre für die Teststoppvertragsorganisation in Wien tätig war: „Es gibt keine Beweise für die Existenz eines Kernwaffenprogramms im Iran. Allerdings hat der Iran vor Oktober 2003 seine Verpflichtungen aus dem Safeguards-Abkommen verletzt und zahlreiche verdächtige Aktivitäten betrieben, ohne sie zu melden und überwachen zu lassen. (...) Nach dem Aufdecken dieser Fehler bemüht sich der Iran seit Oktober 2003, mit reiner Weste zu erscheinen. Die Kooperation mit den IAEA-Inspektoren wurde verbessert und mehr Transparenz hergestellt, wenngleich Hinhaltemanöver und widersprüchliche Angaben zu weiterer Skepsis Anlass geben“⁽⁸⁾.

Nach Öffnung der Siegel der Anreicherungsanlage in Natanz Anfang Januar 2006 brachen die EU-3 die Gespräche mit Iran ab und erklärten die Verhandlungen für gescheitert.

5.3.1.5. Vorläufiges Fazit zu den Verhandlungen zwischen EU-3 und Iran

Bei sachlich nüchterner Betrachtung fällt rückblickend auf, dass trotz berechtigter Kritikpunkte der EU-3 an der Atom-Politik Teherans wie z.B. der verspäteten Meldung einiger Anlagen an die IAEA sowie einiger Hinhaltemanöver nicht Iran, sondern die EU-3 durch ihre provokativen Maximalforderungen vom 5.8.2005 die Hauptverantwortung für das Abbrechen der Gespräche und die bis

heute andauernde Eskalation tragen. Dies sehen eine ganze Reihe von Friedensforschern ebenso, u.a. Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit, oder Bernd W. Kubbig von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt: „Die EU hat sich aber, teilweise selbstverschuldet, als ernsthafter Partner Teherans aus dem Verhandlungspoker herauskatapultiert. Zu den Gründen zählen die unrealistischen Annahmen über Teherans Verhalten und überzogene Forderungen“ (SZ, 3.1.2006), so Kubbig.

Im Vergleich etwa zur Hochanreicherung von Uran im deutschen Forschungsreaktor Garching bei München oder zum Verhalten der US-Regierung, die Indien als NVV-Nichtunterzeichnerstaat künftig Nuklearmaterial liefern wird, stellen die Vertragsverletzungen Irans bezüglich des Safeguards-Abkommens ein weit weniger starkes Vergehen dar.

5.3.2. Die russischen Vorschläge

Nach dem Abbruch der Verhandlungen zwischen der EU-3 und Iran ruhen viele Hoffnungen auf der Diplomatie Russlands. Im Gespräch mit iranischen Vertretern hat die russische Seite zwei Varianten zur Lösung des Atomstreites vorgeschlagen:

Nach „Variante 1“ soll Iran damit beginnen, Investitionen in die Urananreicherung in Russland zu tätigen. Iran würde demnach Uran nach Russland exportieren, wo es dann angereichert würde. Danach könnte Teheran die Brennstäbe zurück erhalten und z.B. in Buschir einsetzen. Der entstehende Atommüll, der für Atombomben benutzt werden könnte, müsste wieder nach Russland zurückgeschickt werden. Nach diesem Plan würde Iran beim Prozess der Urananreicherung keine Rolle spielen und von wichtigen technischen Arbeiten ausgeschlossen sein. Die geforderte Einstellung von Forschungsarbeiten auf iranischem Boden würde viele iranische Wissenschaftler arbeitslos machen. Diesen Plan favorisieren die US-Regierung und die EU-3, für die iranische Seite dürfte er ebenso wenig annehmbar sein wie die EU-Vorschläge vom August 2005.

Nach „Variante 2“ soll ebenfalls in Russland irisches Uran angereichert werden. Gegenüber „Variante 1“ würden aber andere Staaten wie z.B. China an dem Projekt beteiligt werden. Iranische Wissenschaftler sollen auf allen entscheidenden Ebenen das Recht zur Mitarbeit haben. Zudem würde Iran die Erlaubnis zur Urananreicherung in begrenzter Form erhalten, wodurch Teheran sein bereits vorhandenes technisches Know-how erhalten und ausbauen könnte. Im Konfliktfall mit Russland, das die Lieferung von Brennstäben aussetzen könnte, hätte Iran die Möglichkeit, innerhalb einer überschaubaren Zeit selbst wieder Brennmaterial herzustellen.

An diesem Plan lehnt insbesondere die US-Regierung das Zugeständnis einer geringen Anreicherung auf iranischem Boden in Natanz ab. Für die iranische Seite kommt vermutlich überhaupt nur „Variante 2“ als Basis für weitere Verhandlungen in Betracht und könnte eventuell – trotz aktueller Ablehnung durch Teheran – noch zu einer Lösung führen.

Der iranische Präsident Ahmadinedschad hat „in seiner UNO-Rede ein wichtiges Kompromissangebot vorgelegt: Der Iran könne sein Anreicherungsprogramm als Joint Venture mit privaten und staatlichen Nuklearunternehmen aus anderen Ländern betreiben. Damit wäre sichergestellt, dass das angereicherte Uran nicht heimlich für militärische Zwecke eingesetzt wird“ (Le Monde Diplomatique, Nov. 2005).

IAEA-Direktor El-Baradei hat sich im Februar 2006 dahingehend geäußert, Iran den Betrieb einer Anreicherungs-Pilotanlage zu erlauben, was der iranische Regierungssprecher Gholam-Hossein Elham als Schritt in die richtige Richtung bezeichnete. Würden die inzwischen abgebauten Überwachungskameras der IAEA

in Natanz wieder aufgebaut und IAEA-Inspektoren nach dem NVV-Zusatzprotokoll in kürzeren Abständen zu unangemeldeten Inspektionen in Natanz erscheinen, läge darin vermutlich ein höherer Grad an Sicherheit für Israel und die westliche Welt bezüglich der Gefahr einer iranischen Atombombe als in der gegenwärtigen Situation.

6. Wege aus der Eskalation

6.1. Kurzfristige Perspektiven

6.1.1. Voraussetzungen für eine Deeskalation zwischen USA/Israel und Iran

Einen wichtigen Schritt aus der Eskalation würde die Bereitschaft der US-Regierung darstellen, gemeinsam mit den EU-3, Russland und China direkt mit Iran zu verhandeln. Dafür machen sich in den USA inzwischen einflussreiche Politiker wie Senator Richard Lugar oder auch der ehemalige US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski stark. Im Falle Nordkoreas, das Anfang des Jahres 2003 aus dem Atomwaffensperrvertrag als erstes Land überhaupt ausgetreten ist, sitzen die USA neben China, Russland, Japan, Nord- und Südkorea über ihren Spitzendiplomaten Christopher Hill direkt am Verhandlungstisch. Gegenüber Nordkorea, dessen Regierung behauptet, bereits im Besitz von Atomwaffen zu sein, ist die US-Regierung bereit, Sicherheitsgarantien mit zu tragen und großzügige Wirtschaftshilfe zuzusagen, wenn Nordkorea im Gegenzug sein Nuklearprogramm aufgibt.

Die Ungleichbehandlung seitens der US-Regierung im Falle Iran und Nordkorea lässt vermuten, dass es Präsident Bush im Grunde ablehnt, mit der derzeitigen iranischen Führung überhaupt ernsthaft zu verhandeln, und statt dessen auf einen Regimewechsel setzt. Sicherheitsgarantie und Wirtschaftshilfe stehen auf der Wunschliste Irans für ein Entgegenkommen in der Anreicherungsfrage sehr weit oben.

Der Verzicht des iranischen Präsidenten auf weitere antiisraelische Aussagen und die Anerkennung des grundsätzlichen Existenzrechtes Israel durch Iran stellen weitere wichtige Voraussetzungen für eine Entspannung im Nahen und Mittleren Osten dar. Auf israelischer Seite wäre die Einstellung jeglicher Angriffspläne gegenüber Iran notwendig, ebenso eine menschen- und völkerrechtskonforme Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung – was umgekehrt auch für das palästinensische Verhalten gegenüber Israel gilt.

6.1.2. Ansatzpunkte für eine Deeskalation zwischen USA und Iran

Immer wieder gab es in der jüngeren Vergangenheit Ansatzpunkte für eine Entspannung in den US-iranischen Beziehungen, die zwischenzeitlich sogar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Aufhebung der US-Sanktionen in greifbare Nähe zu rücken schienen. In einem TV-Interview 1998 lobte Staatspräsident Khatami die „großartige amerikanische Zivilisation“ und entschuldigte sich indirekt für die Geiselnahme 1979 in der US-Botschaft. Im Gegenzug zur Freilassung der US-Geiseln sollten 1981 auch die von der damaligen US-Regierung festgehaltenen iranischen Auslandsguthaben freigegeben werden, was (erst) Ende 1989 an die Regierung von Ali Akbar Haschemi Rafsandschani erfolgte (vgl. FR, 15.2.2006).

Nach den Anschlägen vom 11.9.2001 gab es in Teheran spontane proamerikanische Demonstrationen. Washington und Teheran verbindet der Kampf gegen die Taliban und das Netzwerk al Qaida. Mehrere hochrangige Mitglieder des Terrornetzwerkes stehen im Iran unter Hausarrest. Im Oktober 2002 befürworteten 70 Prozent der iranischen Bevölkerung die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA. Die Regierung in Teheran hatte die Umfrage in Auftrag gegeben, bei der auch herauskam,

dass 40 Prozent der Befragten die seinerzeitige Politik der USA gegenüber Iran sogar nachvollziehen konnten. Die Regierung reagierte äußerst verärgert auf diese Ergebnisse und ließ die Direktoren der beteiligten Meinungsforschungsinstitute verhaften. Unter den Festgenommenen war mit Abbas Abdi, der die Besetzung der US-Botschaft 1979 geleitet hatte, auch ein prominentes Mitglied der derzeitigen Reformbewegung.

6.1.3. Hilfreiche Gesten und Aussagen zur Deeskalation zwischen USA und Iran

Im Frühjahr 2003 traf sich Abbas Abdi mit einer ehemaligen US-Geisel in Paris und reichte ihr vor laufender Kamera die Hand zur Versöhnung⁽⁹⁾. Iran erkannte 2003 – zum Wohlgefallen Washingtons – sehr schnell die Übergangsregierung im Irak an. Seit langem gibt es informelle Kontakte zwischen Teheran und Washington. Nach dem Erdbeben von Bam 2003 mit mehreren zehntausend Toten leisteten die USA humanitäre Hilfe – und Teheran ließ dies zu.

Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton bedauerte die Absetzung des iranischen Präsidenten Mossadeq in einem Interview folgendermaßen: „Es ist eine traurige Geschichte, die tatsächlich in den 50er Jahren begann, als die Vereinigten Staaten Mossadeq, der ein gewählter parlamentarischer Demokrat war, absetzten und den Schah zurück an die Macht brachten. (...) Und dann wurde dieser von Ajatollah Khomeini gestürzt, was uns in die Arme Saddam Husseins trieb. Die meisten schrecklichen Dinge, die Saddam Hussein in den 80er Jahren tat, tat er mit der vollen wissenschaftlichen Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten, weil er im Iran war und der Iran das, was er war, nur war, weil wir damals in den 50er Jahren die parlamentarische Demokratie zerstörten. Das ist wenigstens meine Überzeugung“⁽¹⁰⁾.

Auch die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright bezeichnete den Sturz Mossadeqs als eindeutigen Rückschlag für die politische Entwicklung Irans. Im März 2000 erkannte sie an, dass „Aspekte der amerikanischen Politik gegenüber Irak während seines Konfliktes mit Iran heute als bedauernswert kurzsichtig erscheinen, vor allem im Licht unserer späteren Erfahrungen mit Saddam Hussein“. Sie hatte gegenüber dem Iran dazu aufgerufen, „zusammen ein neues Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte zu schreiben,“ und betont: „Lasst uns offen sein über unsere Differenzen und lasst sie uns überwinden“ (zitiert nach „Die Zeit“, 16.2. 2006).

Weitere Versöhnungsgesten ähnlicher Art von aktuellen Entscheidungsträgern beider Seiten könnten das Klima für direkte Gespräche zwischen Iran und den USA verbessern und damit den Weg bahnen, um zu einer diplomatischen Lösung zu gelangen.

6.1.4. Die Vorschläge von Guldemann und Pellaud zur Atomfrage

Einen immer noch gangbaren Weg aus der Eskalation zeigten kurz nach der Wahl Ahmadinedschads im Sommer 2005 Tim Guldemann, von 1999 bis 2004 Botschafter der Schweiz im Iran, und Bruno Pellaud, von 1993 bis 1999 stellvertretender Generaldirektor der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) und Leiter der IAEA-Verifikationsabteilung. Guldemann nahm – ohne sich allerdings mit der US-Politik zu identifizieren – in seiner Zeit in Teheran auch die Interessen der US-Regierung wahr, da diese seit 1979 ohne diplomatische Vertretung im Iran ist. Rückblickend zeigt der nachfolgende Ansatz, dass es durchaus Alternativen zu der auf Maximalforderungen beharrenden Verhandlungsführung der EU-3 gegeben hätte – und immer noch gibt:

„Der einzige Weg, die Konfrontation zu vermeiden, besteht darin, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Dies könnte durch einen Kompromiss erreicht werden, wie er im Folgenden beschrieben wird. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen Iran und der EU müsste die Unterstützung Washingtons finden und könnte nur

mit einer aktiven Rolle der IAEA umgesetzt werden. In dieser Vereinbarung würde sich Iran zu einer nuklearen Selbstbeschränkung verpflichten und eine sehr weit gehende internationale Überwachung seiner Nuklearaktivitäten akzeptieren. Der Westen würde dem Land im Gegenzug eine sehr beschränkte Anreicherungs-kapazität zugestehen, technologische Unterstützung leisten und eine attraktive Zusammenarbeit anbieten.

Diese Vereinbarung würde zwei Phasen vorsehen: Die erste Phase von fünf Jahren hätte zum Ziel, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Iran beschränkt dafür seine Urananreicherung auf 500 der zurzeit eingesetzten P-1 Zentrifugen der ersten Generation (oder 200 der weiterentwickelten P-2 Generation). Diese Zahl von Zentrifugen würde es Iran erlauben, niedrig angereichertes Uran für nukleare Brennstoffe herzustellen. Die Gefahr, dass Iran aus dieser Vereinbarung ausbricht und diese Zentrifugen für militärische Ziele missbraucht, ist deshalb gering, weil mit diesen Zentrifugen allein erst nach fünf bis sechs Jahren eine signifikante Menge von hoch angereichertem Uran hergestellt werden könnte; ‚signifikant‘ bedeutet dabei die notwendige Menge von 25 kg für eine erste Atombombe.

Iran müsste ferner eine Serie weiterer strenger Bedingungen erfüllen: Iran garantiert volle Transparenz bezüglich der im Rahmen dieser Lösung nicht verwendeten Zentrifugen und Produktionsanlagen zur Herstellung neuer Zentrifugen. Diese Anlagen und Zentrifugen würden – mit Ausnahme derer, die für den vereinbarten Produktionsumfang notwendig sind – demontiert und im Ausland gelagert. Ferner müsste Iran einwilligen, dass das im Land hergestellte niedrig angereicherte Uran entweder im Ausland gelagert oder sofort als Brennstoff verbraucht wird. Die Vereinbarung würde weitere iranische Selbstbeschränkungen in anderen nuklearen Aktivitäten und eine umfangreiche internationale Überwachung vorsehen.

Wenn Iran die folgenden Schritte akzeptiert, würde es damit den erklärten Willen zur Transparenz überzeugend unter Beweis stellen, und die IAEA wäre imstande, mit angemessener Sicherheit zu bestätigen, dass Iran alle seine Verpflichtungen gemäß dem Sperrvertrag erfüllt: Iran verzichtet auf die Produktion von schwerem Wasser und auf den angekündigten Bau eines Schwerwasserreaktors, denn damit könnte waffenfähiges Plutonium hergestellt werden; Teheran verpflichtet sich, nicht einseitig diese Vereinbarung und seine Mitgliedschaft im Sperrvertrag aufzukündigen und das Zusatzprotokoll zum Verifikationsabkommen zu ratifizieren. Dieses Protokoll hat Teheran im Dezember 2003 unterschrieben und seither angewendet. Darüber hinaus verzichtet der Iran darauf, verwendeten Brennstoff wiederaufzuarbeiten und stimmt weiteren strengen Überwachungsmöglichkeiten der IAEA zu, und zwar in einem Ausmaß, das zuweilen mit der Formel ‚immer und überall‘ umschrieben wird. Auf der Grundlage dieser iranischen Verpflichtungen sollte die IAEA von den modernsten Überwachungstechnologien Gebrauch machen und diese mit der Präsenz ihrer Inspektoren vor Ort verbinden, die sehr weitgehende Rechte zu einer nicht angemeldeten Inspektion hätten. Während Iran all diesen Verpflichtungen nachkommt, baut die EU die bilateralen Beziehungen aus, unter anderem in Form des Handels- und Kooperationsabkommens, und beginnt mit Iran auch eine nukleare Zusammenarbeit, die für die zweite Phase die Lieferung eines europäischen Leichtwasserreaktors vorsehen könnte.

Für die Zeit nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Phase, wenn ein neues Klima des gegenseitigen Vertrauens hergestellt worden ist, werden für diese zweite Phase weitere Vereinbarungen getroffen. Diese beinhalten insbesondere eine erweiterte Anreicherungs-kapazität, so wie dies von Iran verlangt wird. Diese müsste aber im multilateralen Rahmen organisiert werden, wobei für Eigentum, Geschäftsleitung und Produktvermarktung eine

internationale Partnerschaft festzulegen ist. Der Ort dieser Tätigkeiten könnte in Iran oder außerhalb des Landes sein.

Die Chancen eines solchen Kompromisses hängen von zwei Fragen ab: Ist Iran bereit, seine nuklearen Aktivitäten so weit einzuschränken, dass er damit eine glaubwürdige Ersatzlösung anstelle einer vollständigen Aufgabe der Urananreicherung anbieten kann? Und ist der Westen bereit, seine jetzige Position zu überdenken? Eines ist aber klar: Eine vollständige Aufgabe der Urananreicherung wird Iran nicht akzeptieren, schon gar nicht unter dem neu gewählten Präsidenten. Die Wahl besteht deshalb nur in der Suche nach einem Kompromiss oder in einer Eskalation des Konflikts mit schwerwiegenden Konsequenzen für die ganze Region“ (SZ, 27.6.2005).

Was Guldemann und Pellaud mit großer Klarheit voraussagen, ist Realität geworden – die Eskalation des Konflikts. Guldemann hat in der Wochenzeitung „Die Zeit“ am 16.2.2006 ein langes fiktives Streitgespräch zwischen einem Amerikaner und einem Iraner veröffentlicht, das ihn als einfühlsamen Kenner der wunden Punkte beider Seiten ausweist. Sein fiktiver Dialog besitzt Modellcharakter für eine Annäherung beider Seiten.

Ende März 2006 sprach Guldemann in Berlin bei einer Tagung der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, an der auch der stellvertretende iranische Außenminister Manuchehr Mohammadi teilnahm. Zu den Vorschlägen Guldemanns äußerte sich Mohammadi „nicht im Detail“ (FAZ, 29.3.2006).

6.1.5. Erste direkte diplomatische Kontakte zwischen USA und Iran

Ruprecht Polenz, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, sieht Bewegung innerhalb der US-Regierung: „Außenministerin Condoleezza Rice und Sicherheitsberater Stephen Hadley haben dem Vernehmen nach eine vollständige Überprüfung der amerikanischen Iran-Politik in Auftrag gegeben“ (Die Zeit, 16.3.2006).

Bereits im November 2005 berichtete der US-Botschafter im Irak, Zalmay Khalilzad, der zum engeren Kreis des neokonservativen – eingangs erwähnten – „Project for the New American Century“ gehört, in einem Interview des US-Magazins Newsweek, Präsident George W. Bush habe ihn autorisiert, zum Zweck der Stabilisierung Iraks mit der Regierung in Teheran Verhandlungen aufzunehmen. Khalilzad stellte sogar eine Abweichung von der bisherigen US-Politik gegenüber Iran in Aussicht. Im Frühjahr 2006 betonte die US-Regierung, dass Khalilzad nur ein auf die irakische Sicherheitsfrage begrenztes Mandat habe und nicht über den Atomkonflikt verhandeln soll. „US-Diplomaten waren bemüht, den Eindruck eines möglichen Kurswechsels nach 27 Jahren offizieller Kontaktperrre zu widerlegen. (...) Sicherheitspolitische Experten in Washington deuteten die amerikanisch-iranischen Gespräche dennoch als wichtigen Schritt. Beide Seiten hätten ein gemeinsames Interesse an einer Stabilisierung Iraks. Die nun vereinbarten Kontakte würden ‚ausstrahlen auf andere, umstrittene Themen‘, sagte Jon Alterman, Iran-Experte beim Center for Strategic and International Studies (CSIS). Ähnlich äußerte sich kürzlich eine Studie der Rand-Corporation: James Dobbins, ein ehemals hochrangiger US-Diplomat, riet der Bush-Regierung, in Gesprächen über Irak und Afghanistan ‚die nötige Grundlage für einen breiteren Dialog mit Teheran zu schaffen‘“ (SZ, 18./19.3.2006).

Ende März schließlich stimmte auch Irans geistliches Oberhaupt, Ajatollah Khomeini, direkten Gesprächen mit den USA zu. „Zugleich forderte er Washington zum Abzug der Truppen (aus Irak, Anm. C.R.) auf. In einer Fernsehansprache stellte Khomeini indirekt klar, bei den noch im Laufe der Woche erwarteten Kontakten mit Amerikas Botschafter in Bagdad, Zalmay Khalilzad, dürfe nicht Teherans Atomprogramm in Frage gestellt werden“ (SZ, 23.3.2006).

6.2. Mittel- und Langfristige Vorschläge zur Deeskalation

6.2.1. Uran-Anreicherung unter der Kontrolle der IAEA

Im Sinne der Gleichbehandlung aller Unterzeichner-Staaten des Atomwaffensperrvertrages könnte eine Dauerlösung des gegenwärtigen Konflikts um die Anreicherung im iranischen Natanz darin liegen, dass nur noch die IAEA selbst Anreicherungsanlagen betreibt. Im Februar 2005 legten IAEA-Vertreter dazu einen Bericht vor. Die iranische Seite stand diesem Ansatz zunächst wohlwollend gegenüber und hat die Einladung El-Baradeis, in der dafür eingesetzten Expertenrunde in Wien mitzuarbeiten, im Rahmen der Verhandlungen mit den EU-3 in Paris angenommen.

Bisher gibt es bereits zwei Anreicherungsprojekte im Rahmen internationaler Kooperationen – wenn auch noch nicht unter UN-Kontrolle: Die Firmen Eurodif und Urenco.

Mit Eurodif hat Iran schlechte Erfahrungen gemacht. „Der Iran hat 1974 einen Nuklearkooperationsvertrag mit Frankreich geschlossen und sich als Partner in das europäische Uran-Anreicherungskonsortium Eurodif eingekauft. Als Iran 1991 angereichertes Uran (für medizinische Zwecke, Anm. C.R.) beziehen wollte, kam es zu einem Rechtsstreit mit Frankreich, weil der Iran seine Zahlungsverpflichtungen in den 1980er Jahren nicht eingehalten hatte. Seither hat der Iran seinen finanziellen Anteil an Eurodif nicht zurück erstattet bekommen und Frankreich hat den USA versprochen, an den Iran kein angereichertes Uran aus dessen Ansprüchen herauszugeben. Wenn Frankreich nun gemeinsam mit anderen Ländern vom Iran verlangt, selbst kein Uran anzureichern, kann man sich vorstellen, wie dies aufgenommen wird“⁽¹¹⁾.

Diese Erfahrung dürfte auch der Hauptgrund sein, warum Iran dem Vorschlag einer gemeinsamen Anreicherung auf russischem Boden nur unter der Bedingung zustimmen würde, eine eigene Anreicherung in kleineren Mengen auf eigenem Boden durchführen zu können, die im Notfall einer Blockadehaltung Russlands recht schnell hochgefahren werden könnte.

6.2.2. Einrichtung einer ABC-waffenfreien Zone

Die Resolution 687 des UN-Sicherheitsrates vom 3.4.1991, seinerzeit im Nachgang des Irak-Krieges 1991 formuliert, enthält eine Reihe von Formulierungen, deren Umsetzung bisher nicht einmal ansatzweise angegangen wurden: „Unter Hinweis auf das Ziel der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region, im Bewusstsein der Gefahr, die alle Massenvernichtungswaffen für den Frieden und die Sicherheit in dem Gebiet darstellen, und der Notwendigkeit, auf die Schaffung einer von derartigen Waffen freien Welt im Nahen Osten hinzuwirken, sowie im Bewusstsein des Ziels der Herbeiführung einer ausgewogenen und umfassenden Kontrolle der Rüstungen der Region, (...)“.

Auf diese Aussagen könnte eine künftige Konferenz für eine ABC-waffenfreie Zone genauso aufbauen wie auf die Schlussresolution zur Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) vom Mai 1995, in der von einer „Zone des Mittleren Ostens, frei von nuklearen Waffen genauso wie anderen Massenvernichtungswaffen“ die Rede ist (www.disarmament2.un.org/wmd/npt/1995RESME.htm). Der Direktor der IAEA in Wien, El Baradei, hatte für das Jahr 2004 zu einem offiziellen IAEA-Workshop über eine regionale atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten eingeladen, der dann allerdings aus Zeitgründen verschoben und bis heute nicht neu terminiert wurde. Ein Hoffnungspflänzchen im Vorfeld der Planung stellte die Zusage der israelischen Regierung dar, an diesem Workshop teilzunehmen.

Nach Artikel VI des Atomwaffensperrvertrages haben sich die seinerzeit allein über Atomwaffen verfügenden ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates verpflichtet, ihre nuklearen Waffenarsenale zügig auf Null zu reduzieren. Dieser Vertragsverpflichtung ist bis heute keines der ständigen Mitglieder nachgekommen –

weder die USA noch Russland, China, Frankreich oder Großbritannien.

6.2.3. Abkommen über die Reichweiten-Begrenzung von Trägersystemen

ABC-Waffen-Sprengköpfe werden für potenzielle Gegner erst dadurch zu einer realen Gefahr, dass sie auch mit Trägersystemen wie Flugzeugen oder Raketen ins jeweilige Feindgebiet gebracht werden können.

Iran besitzt Shahab 1-Raketen mit einer Reichweite bis 300 km, Shahab 2-Raketen (bis 500 km) und seit etwa 2001 auch Shahab 3-Raketen, die mit einem Radius von rund 1500 km auch Ziele in Israel treffen können. Israel verfügt über geschätzte 200 Atom-sprengköpfe in der Negev-Wüste und baut mit deutscher U-Boot-Hilfe eine atomare Zweitschlagkapazität im Mittelmeer auf, wobei beide Systeme in der Lage sind, iranisches Territorium zu erreichen. Die neuen israelischen F-16 Kampfflugzeuge haben durch eine mögliche Luftbetankung einen Aktionsradius, der bis nach Afghanistan reicht.

Für eine dauerhafte Stabilität in der Region ohne gegenseitige Bedrohung wäre ein Abkommen über Reichweitenbegrenzungen von Raketen und Flugzeugen aller Staaten der Region grundlegend.

Von dem persischen Dichter Rumi ist der Satz überliefert: „Jenseits von richtig und falsch liegt ein Ort – dort treffen wir uns“⁽¹²⁾. Den Verhandlungsführern und allen sonstigen am Iran-Konflikt beteiligten Akteuren ist zu wünschen, dass sie sich diese Aussage immer wieder vergegenwärtigen.

7. Möglichkeiten für Friedensengagement

7.1. Möglichkeiten in Deutschland

Es gibt eine Vielzahl von Publikationen zur Irankrise, die weitere Informationen und Lösungsansätze bieten:

„Iran: Krieg oder Frieden?“, so heißt eine Informationsschrift von Mohssen Massarrat mit Ergänzungen von Andreas Buro, die vom Komitee für Grundrechte und Demokratie im September 2005 herausgegeben wurde und dort zur Aufklärungsarbeit per Verteilung bestellt werden kann (www.Grundrechtekomitee.de).

„Kein Krieg gegen den Iran“ lautet ein vierseitiges Informationsblatt vom Frühjahr 2006, das von den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) herausgegeben wird (www.ippnw.de).

Die Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ hat in ihrer Ausgabe 1/2006 eine ausgezeichnete recherchierte Beilage mit dem Titel „Atomenergie: Zugriff zur Bombe“ herausgegeben, die ebenfalls nachbestellt werden kann (www.iwif.de). Darin findet sich u.a. der sehr differenzierte Beitrag von Martin B. Kalinowski „Das Nuklearprogramm des Iran – zivil oder militärisch?“ sowie ein Beitrag zur Rolle der IAEA von Xanthe Hall.

Andreas Buro hat für die „Kooperation für den Frieden“ (www.koop-frieden.de) ein 16-Seiten-Heft mit dem Titel: „Das Monitoring-Projekt – Zivile Konfliktbearbeitung – Gewalt- und Kriegsprävention“ verfasst, das Alternativen der Friedensbewegung zur militärischen Konfliktaustragung aufzeigt. Ein erstes Dossier von ihm – „Der Iran-Konflikt“ – ist im April 2006 erschienen (www.friedenskooperative.de).

Mit größeren Anzeigen in überregionalen Tageszeitungen zum dritten Jahrestag der Irak-Invasion haben der Bundesausschuss Friedensratschlag (Kassel) und die Kooperation für den Frieden (Bonn) gegen einen möglichen Krieg gegen Iran Stellung bezogen. (www.koop-frieden.de/fr_anzeige18maerz06.pdf) Anzeigen dieser Art könnten bei Bedarf weiter aufklären und wachrütteln.

„Kein Krieg gegen den Iran! – Für eine friedliche Lösung der Krise“, lautet der Titel einer Unterschriften-Kampagne an den deutschen Bundestag, die bei der Friedenskooperative (www.koop-frieden.de), dem Zusammenschluss zahlreicher Friedensorganisationen in Deutschland, herunter geladen werden kann.

Sehr gut aufbereitete Hintergrundinformationen und Aktionsmöglichkeiten sind u.a zu erhalten bei:

- Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit: www.bits.de
- Friedensratschlag Kassel: www.friedensratschlag.de
- Informationsstelle Militarisierung Tübingen: www.imi-online.de
- Netzwerk Friedenskooperative: www.friedenskooperative.de

7.2. Initiativen gegen einen Iran-Krieg in den USA

Der US-Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes hat im Dezember 2005 eine erste von mehreren geplanten Friedensdelegationen in den Iran organisiert. Ein ausführlicher Reisebericht mit Besuchen u.a. bei NGO's, Journalismus-StudentInnen, dem Erzbischof der armenischen Kirche in Esfahan, bei schiitischen Geistlichen in Qom und dem jüdischen Parlamentsvertreter im iranischen Parlament in Teheran ist nachzulesen unter: www.versoehnungsbund.de. Kontakt zum US-Zweig des Versöhnungsbundes: www.forusa.org

Der katholische US-Bischof Thomas Gumbleton, Howard Zinn, Harold Pinter, Bischof Filipe C. Teixeira, George Galloway, Ramsey Clark, Tony Benn und zahlreiche andere Prominente aus Kirche, Kultur und Politik haben eine Internationale Kampagne mit dem Titel „Stoppt den Krieg gegen Iran, bevor er beginnt“ gestartet. Dort können Unterschriften an die US-Regierung abgegeben werden, mit der Forderung, einen US-Militärschlag zu verhindern. Kontakt: www.StopWarOnIran.org

Im Dezember 2005 gründete sich in den USA eine weitere „Kampagne gegen Sanktionen und eine Militärintervention im Iran“ (Campaign against Sanctions and Military Intervention in Iran) (CASMI). Kontakt: www.casmii.org oder www.campaigniniran.org

Stand: 4. April 2006

Die Studie wurde mit Unterstützung des Büros des Netzwerk Friedenskooperative unter anderem als Beilage für die Zeitschrift „FriedensForum“ erstellt.

Anmerkungen

- (1) Francis Fukuyama, Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, Berlin 2006. Fukuyama bekennt offen: „Ich bin zu dem Schluss gelangt, dass ich den Neokonservatismus nicht länger unterstützen kann“ (S. 9).
- (2) Emmanuel Todd, Weltmacht USA. Ein Nachruf, München 2003, S. 168.
- (3) Emmanuel Todd, a.a.O., S. 252f.
- (4) Vgl. Nasrin Alavi, Wir sind der Iran. Aufstand gegen die Mullahs – die junge persische Weblog-Szene, Köln 2005, S. 55.
- (5) Vgl. Katajun Amirpur, Das Jahrhundert der Schia, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2005.
- (6) Vgl. Behrooz Abdolvand und Matthias Adolf, Verteidigung des Dollar mit anderen Mitteln. Der „Ölkrieg“ im Kontext der kommenden Währungsbipolarität, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2002.
- (7) Elmar Altvater, Das Ende des Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2006, S. 179.
- (8) Martin Kalinowski, Das Nuklearprogramm des Iran – zivil oder militärisch?, in: Wissenschaft und Frieden, Dossier 51, hg. von Wissenschaft und Frieden in Zusammenarbeit mit den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), Bonn 2006, S. 6 und 7.
- (9) Vgl. Katajun Amirpur, Realexistierender Islamismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2004.
- (10) Das Interview mit Bill Clinton erschien in „Executive Intelligence Review“, 6/2005, hier zit. nach: Behrouz Khosrozadeh, Countdown für Golfkrieg IV?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2006, S. 311.
- (11) Martin Kalinowski, a.a.O., S. 10.
- (12) Zit. nach Marshall B. Rosenberg, Gewaltfreie Kommunikation, Paderborn 2005, S. 35.

Weitere Literaturhinweise

- Amirpur, Katajun und Witzke, Reinhard, Schauplatz Iran, Freiburg 2004.
- Ebadi, Shirin, Mein Iran, Starnberg 2006.
- Kermani, Navid, Iran. Die Revolution der Kinder, München 2005.
- Lovins, Amory et al., Winning the Oil Endgame. Innovation for Profits, Jobs and Security, London, 2004.
- Perthes, Volker, Orientalische Promenaden, (Iran: S. 311-395), München 2006.
- Pollack, Kenneth, The Persian Puzzle, New York 2004.
- Randow, Gero von, Die iranische Bombe, Hamburg 2006.
- Rogers, Paul, Iran: Folgen eines Krieges, hg. von der Oxford Research Group, IPPNW und dem Netzwerk Friedenskooperative, Bonn 2006, www.friedenskooperative.de/iranstudie.pdf
- Reissner, Johannes, Atombombe statt Iranpolitik (SWP-Studie), Berlin 2005
- Reissner, Johannes, Irans neue Distanz zum Westen, (SWP-Studie), Berlin 2005.
- Samore, Gary, Iran's Strategic Weapons Programmes, Basingstoke Hants, 2005.
- Scheer, Hermann, Energieautonomie, München 2005.

V.i.S.d.P.: Clemens Ronnefeldt

Referent für Friedensfragen beim
deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes
Kontakt:

Versöhnungsbund-Referat für Friedensfragen
A.-v.-Humboldt-Weg 8a, 85354 Freising
Tel. 0 81 61 / 54 70 15
Fax 0 81 61 / 54 70 16
C.Ronnefeldt@t-online.de

Geschäftsstelle des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel. 05 71 / 85 08 75
Fax. 05 71 / 8 29 23 87
vb@versoehnungsbund.de
www.versoehnungsbund.de

Bestellcoupon

Aktionsgemeinschaft Dienst
für den Frieden e.V. (AGDF)
Blücherstr. 14

53115 Bonn

hiermit bestelle ich

- 10 Exemplare = 3,00 Euro
 50 Exemplare = 13,00 Euro
 100 Exemplare = 20,00 Euro

des Hintergrundpapiers – »Iran-Konflikt«.

Der Preis versteht sich incl. Porto.

Konto-Nr. 1011 391 016 bei KD-Bank eG Duisburg (BLZ 350 601 90)

Ich möchte weiteres Informationsmaterial zugesandt bekommen

- über die Arbeit der AGDF
 über die Freiwilligendienste.

Sie können unsere Materialien auch unter

Tel. 02 28/2 49 99-0, Fax 02 28/2 49 99-20, agdf@friedensdienst.de
oder im Internet unter www.friedensdienst.de bestellen.

Adresse
